



**Sprechstunden:**

Dienstag 09 - 11 Uhr

Abs. GVin Brandt, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg  
Falls verzogen, bitte mit neuer Anschrift zurück an Absender!

Herrn

Wilhelm Henning von Stosch

Mühlenstraße 5

25421 Pinneberg

Telefon 0176 36 38 39 69

Telefax ./.

**Dienstkonto:**

IBAN: DE50 2145 0000 0105 3465 97

BIC: NOLADE21RDB

Sparkasse Mittelholstein

**DR II 50/20**

**Bitte bei allen Schreiben  
und Zahlungen angeben!**

Pinneberg, 11.06.2020

**Zwangsvollstreckungssache**

Rechtsanwältin Annette Voges, Holstenwall 7, 20355 Hamburg, Az. 9/19

**gegen**

Herrn Wilhelm Henning von Stosch, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

Sehr geehrter Herr von Stosch,

mir liegt ein Antrag auf Abgabe der Vermögensauskunft wegen eines Anspruchs auf Zahlung von

**Es sind bis zum 23.06.2020 zu zahlen = 5.476,40 € (Forderung: 5.402,90 € + GV-Kosten: 73,50 €)**  
aufgrund folgender Schuldtitel vor:

Urteil des Amtsgerichts Pinneberg vom 23.05.2019, Az. 74 C 31/19

Kostenfestsetzungsbeschluss II. Instanz des Amtsgerichts Pinneberg vom 03.03.2020, Az. 74 C 31/19

Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichts Pinneberg vom 03.03.2020, Az. 74 C 31/19

Für die Begleichung der Forderung wird Ihnen eine letzte Frist von **zwei Wochen ab Zustellung dieses Schreibens** eingeräumt. Bitte zahlen Sie den kompletten Betrag auf mein oben angegebenes Dienstkonto ein oder leisten Barzahlung zu den Sprechzeiten oder nach vorheriger Terminabsprache in meinem Büro.

In dieser Sache haben Sie die Möglichkeit, die Forderung in Raten zu begleichen.

Für den Fall, dass die Forderung nicht rechtzeitig oder nicht vollständig beglichen ist und oder ein Antrag auf Ratenzahlung bei mir (mind. 550,00 € pro Monat) oder beim Gläubiger nicht rechtzeitig eingeht, habe ich auf Antrag des Gläubigers Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft auf

**Dienstag, 30. Juni 2020, um 10:20 Uhr,  
Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg**

anberaumt.

Zu diesem Termin werden Sie zur Abgabe der Vermögensauskunft geladen. In dem Termin müssen Sie Auskunft über Ihr Vermögen erteilen und an Eides statt versichern, dass Sie alle von Ihnen verlangten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht haben.

**Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite**



## Wichtige Hinweise:

Das Vermögensverzeichnis und die eidesstattliche Versicherung sind stets persönlich abzugeben. Die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Sie haben zu dem Termin alle zur Erstellung des Vermögensverzeichnisses erforderlichen Unterlagen **mitzubringen**, wie z. B.:

**Personalausweis oder Reisepass**  
**Ehevertrag**  
**Angaben über unterhaltsberechtignte Abkömmlinge**  
**Lohnabrechnungen, Steuernummer**  
**Bescheide über Sozialleistungen**  
**Rentenversicherungsnummer**  
**sämtliche Kontonummern und Kontostände**

**KFZ-Brief bzw. Zulassungsbescheinigung Teil II**  
**KFZ-Versicherungsnummer**  
**Versicherungsscheine**  
**Lebensversicherungsunterlagen**  
**Unterlagen über private Altersvorsorge**  
**Pacht- und Mietverträge**  
**Grundbuchauszüge**

Zur Auskunftserteilung hat der Schuldner alle ihm gehörenden Vermögensgegenstände anzugeben. Bei Forderungen sind Grund und Beweismittel zu bezeichnen. Ferner sind anzugeben:

1. die entgeltlichen Veräußerungen des Schuldners an eine nahestehende Person (§ 138 der Insolvenzordnung), die dieser in den letzten zwei Jahren vor dem Termin nach § 802f Abs. 1 ZPO und bis zur Abgabe der Vermögensauskunft vorgenommen hat;
2. die unentgeltlichen Leistungen des Schuldners, die dieser in den letzten vier Jahren vor dem Termin nach § 802f Abs. 1 ZPO und bis zur Abgabe der Vermögensauskunft vorgenommen hat, sofern sie sich nicht auf gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke geringen Wertes richteten.

Sofern der anberaumte Termin in Ihrer Wohnung/Ihrem Geschäftslokal stattfinden soll, können Sie gegen die örtliche Bestimmung binnen einer Woche gegenüber dem/der Gerichtsvollzieher(in) widersprechen (§ 802f ZPO). Andernfalls gilt der Termin als pflichtwidrig versäumt, wenn die Vermögensauskunft nicht abgegeben wird. Sonstige schriftliche Einwendungen gegen die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögensauskunft sind unbeachtlich.

Falls Sie zu dem Termin **nicht erscheinen** oder wenn Sie sich **grundlos weigern**, das Vermögensverzeichnis oder/und die eidesstattliche Versicherung abzugeben, wird auf Antrag des/der Gläubigers/in Haftbefehl gegen Sie erlassen (§ 802g ZPO). Außerdem wird Ihre Eintragung in das Schuldnerverzeichnis in diesem Falle angeordnet (§ 882c ZPO). Aus gleichem Grunde oder auch für den Fall, dass bei einer Vollstreckung in die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensgegenstände eine vollständige Befriedigung des/der Gläubigers/in nicht zu erwarten steht, darf der/die Gerichtsvollzieher(in) – soweit die Auskünfte zur Vollstreckung erforderlich sind –

1. bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung den Namen, die Vornamen oder die Firma sowie die Anschriften der derzeitigen Arbeitgeber Ihres versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses erheben, sofern die vollstreckbaren Ansprüche mindestens 500,- Euro betragen;
2. das Bundeszentralamt für Steuern ersuchen, bei den Kreditinstituten die in § 93b Abs.1 der Abgabenordnung bezeichneten Daten abzurufen;
3. beim Kraftfahrt-Bundesamt die Fahrzeug- und Halterdaten nach § 33 Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes zu einem Fahrzeug, als dessen Halter Sie eingetragen sind, erheben.

Darüber hinaus ordnet der/die Gerichtsvollzieher(in) Ihre Eintragung in das Schuldnerverzeichnis gemäß § 882c ZPO an, wenn

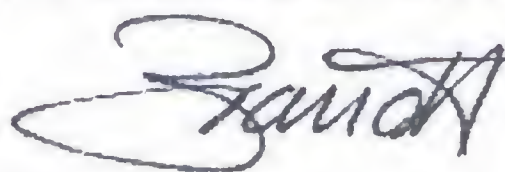
1. eine Vollstreckung nach dem Inhalt des Vermögensverzeichnisses offensichtlich nicht geeignet wäre, zu einer vollständigen Befriedigung des/der Gläubigers/in zu führen, auf dessen Antrag die Vermögensauskunft erteilt oder dem die erteilte Auskunft zugeleitet wurde, oder
2. Sie dem/der Gerichtsvollzieher(in) nicht innerhalb eines Monats nach Abgabe der Vermögensauskunft oder Bekanntgabe der Zuleitung eines Ausdrucks der bereits abgegebenen Vermögensauskunft die vollständige Befriedigung des/der Gläubigers/in nachweist, auf dessen Antrag die Vermögensauskunft erteilt oder dem die erteilte Auskunft zugeleitet wurde.

Es sei denn, es wurde ein Ratenzahlungsplan nach § 802b ZPO durch den/die Gerichtsvollzieher(in) festgesetzt, der noch Gültigkeit hat.

Der Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft kann vertagt werden, wenn Sie im Termin glaubhaft machen, dass Sie die Forderung des/der Gläubigers/in binnen einer Frist von zwölf Monaten vollständig tilgen werden und der/die Gläubiger(in) einer Ratenzahlung nicht widerspricht (§ 802b ZPO).

Der Gerichtsvollzieher kann im Termin Vollstreckungsaufschub gewähren und eine Zahlungsfrist einräumen oder eine Tilgung durch Ratenzahlung gestatten, sofern Sie im Termin glaubhaft machen, die nach Höhe und Zeitpunkt festzusetzenden Zahlungen erbringen zu können. Die Glaubhaftmachung können Sie insbesondere durch den Nachweis einer entsprechenden Teilzahlung oder durch Vorlage anderer geeigneter Urkunden erbringen. Ist der Gläubiger mit einem Tilgungsplan nicht einverstanden oder geraten Sie mit der festgesetzten Zahlung ganz oder teilweise länger als zwei Wochen in Rückstand, so endet die Zahlungsvereinbarung.

Mit freundlichen Grüßen



Brandt  
Gerichtsvollzieherin  
beim Amtsgericht Pinneberg





Vollstreckungsauftrag an die Gerichtsvollzieherin/den Gerichtsvollzieher
– zur Vollstreckung von Geldforderungen –

- Amtsgericht Pinneberg
- Verteilungsstelle für Gerichtsvollzieheraufträge
- Geschäftsstelle
- Frau/Herrn Haupt-/Ober-/Gerichtsvollzieher/-in

Bahnhofstraße 17
Straße, Hausnummer
25421, Pinneberg
Postleitzahl, Ort

Amtsgericht Pinneberg
Eing. 28. Mai 2020
.....AKT. ....Heft.....Anl.
.....fach €/KM/GK-Stemplar

Kontaktdaten des

- Gläubigers
- Gläubigervertreeters

Table with 2 columns: Field (Telefon, Fax, E-Mail, etc.) and Value (040444111, 040444473, vokes@ravokes.de, etc.)

Der Gläubiger beabsichtigt, für die Gerichtsvollzieherkosten ein SEPA-Lastschriftmandat zu erteilen.

M. Brandt
Gerichtsvollzieherin
Eingang: 02. Juni 2020
DRI-II 50/20

In der Zwangsvollstreckungssache

Module:

A

Parteien

Zutreffendes markieren [X] bzw. ausfüllen

A1

Gläubiger

Form fields for creditor details: Name (Herrn/Frau/Firma), Address (Straße, Hausnummer), Postcode/Location (Postleitzahl, Ort), and Country (Land).

A2

Gesetzlicher Vertreter des Gläubigers (Angaben bei jeder Art der gesetzlichen Vertretung, z. B. durch Mutter, Vater, Vormund, Geschäftsführer)

Form fields for legal representative details: Name (Herrn/Frau/Firma), Address (Straße, Hausnummer), Postcode/Location (Postleitzahl, Ort), and Country (Land).

A3

Bevollmächtigter des Gläubigers (Angaben bei jeder Art der Bevollmächtigung, z. B. Rechtsanwalt, Inkassounternehmen)

Form fields for authorized representative details: Name (Herrn/Frau/Firma), Address (Straße, Hausnummer), Postcode/Location (Postleitzahl, Ort), and Country (Land).



A 4	Bankverbindung des	
	<input checked="" type="checkbox"/> Gläubigers <input type="checkbox"/> Gläubigervertreters <input type="checkbox"/> abweichenden Kontoinhabers/der abweichenden Kontoinhaberin:	
	zur Überweisung eingezogener Beträge	
	IBAN:  DE76200505501208127553	BIC: (Angabe kann entfallen, wenn IBAN mit DE beginnt)  HASPDEHHXXX
	Verwendungszweck, ggf. Geschäfts- bzw. Kassenzeichen:  9/19	

gegen

A 5	Schuldner	
	Herrn/Frau/Firma Herrn Wilhelm Henning von Stosch	Straße, Hausnummer Mühlenstraße, 5
	Postleitzahl, Ort 25421, Pinneberg	Land (wenn nicht Deutschland)
	Geburtsname, -datum und -ort/Registergericht und Handelsregisternummer (soweit bekannt)	

A 6	Gesetzlicher Vertreter des Schuldners (Angaben bei jeder Art der gesetzlichen Vertretung, z. B. durch Mutter, Vater, Vormund, Geschäftsführer)	
	Herrn/Frau/Firma	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort	Land (wenn nicht Deutschland)

A 7	Bevollmächtigter des Schuldners (Angaben bei jeder Art der Bevollmächtigung, z. B. Rechtsanwalt)	
	Herrn/Frau/Firma Rechtsanwältin Gisa Pahl	Straße, Hausnummer Dahlengrund, 55e
	Postleitzahl, Ort 21077, Hamburg	Land (wenn nicht Deutschland)

A 8	Geschäftszeichen des Schuldners bzw. des gesetzlichen Vertreters oder des Bevollmächtigten des Schuldners
-----	---

B	<input type="checkbox"/> Ich reiche nur die ausgefüllten Seiten _____ (Bezeichnung der Seiten) dem Gericht bzw. der Gerichtsvollzieherin/dem Gerichtsvollzieher ein.
---	--



überreiche ich

C

die Anlage/-n	
Dazu bitte die Hinweise zum Ausfüllen und Einreichen des Vollstreckungsauftrags (Anlage 2 des Formulars) beachten.	
<input checked="" type="checkbox"/>	Vollstreckungstitel (Titel bitte nach Art, Gericht/Notar/Behörde, Datum und Geschäftszeichen bezeichnen)  Urteil des Amtsgerichts Pinneberg vom 09.05.2019, Az. 74 C 31/19  Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichts Pinneberg vom 03.03.2020, Az. 74 C 31/19 (I. Instanz)  Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichts Pinneberg vom 03.03.2020, Az. 74 C 31/19 (II. Instanz)
<input type="checkbox"/>	Vollmacht
<input type="checkbox"/>	Geldempfangsvollmacht
<input checked="" type="checkbox"/>	Forderungsaufstellung gemäß der Anlage 1 des Formulars
<input type="checkbox"/>	Forderungsaufstellung gemäß sonstiger Anlage/-n des Gläubigers/Gläubigervertreters _____
<input checked="" type="checkbox"/>	Anwaltskosten für weitere Vollstreckungsmaßnahmen gemäß zusätzlicher Anlage/-n _____
<input type="checkbox"/>	Inkassokosten gemäß § 4 Absatz 4 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG) gemäß Anlage/-n _____
<input type="checkbox"/>	_____
<input type="checkbox"/>	_____

wegen der aus der Anlage/den Anlagen ersichtlichen Forderung/-en zur Durchführung des folgenden Auftrags/der folgenden Aufträge:

D

<input type="checkbox"/>	Zustellung
--------------------------	------------

E

gütliche Erledigung (§ 802b der Zivilprozessordnung – ZPO)	
--	--

E 1

<input type="checkbox"/>	Ich bin einverstanden, dass die folgende Zahlungsfrist gewährt wird: _____
--------------------------	--

E 2

<input type="checkbox"/>	Mit der Einziehung von Teilbeträgen bin ich einverstanden. <input type="checkbox"/> Ratenhöhe mindestens _____ Euro <input type="checkbox"/> monatlicher Turnus <input type="checkbox"/> sonstiger Turnus: _____
--------------------------	--

E 3

<input type="checkbox"/>	Ich bin mit einer Abweichung von den Zahlungsmodalitäten nach dem Ermessen der Gerichtsvollzieherin/des Gerichtsvollziehers einverstanden.
--------------------------	--

E 4

sonstige Weisungen	
<input type="checkbox"/>	_____

E 5

<input type="checkbox"/>	Der Auftrag beschränkt sich auf die gütliche Erledigung.
--------------------------	--

F

keine Zahlungsvereinbarung	
<input type="checkbox"/>	Mit einer Zahlungsvereinbarung bin ich nicht einverstanden (§ 802b Absatz 2 Satz 1 ZPO).



G	<b>Abnahme der Vermögensauskunft</b> (bitte Hinweise in der Anlage 2 des Formulars beachten)		
G1	<input type="checkbox"/> nach den §§ 802c, 802f ZPO (ohne vorherigen Pfändungsversuch)		
G2	<input checked="" type="checkbox"/> nach den §§ 802c, 807 ZPO (nach vorherigem Pfändungsversuch) Sofern der Schuldner wiederholt nicht anzutreffen ist, <input type="checkbox"/> bitte ich um Rücksendung der Vollstreckungsunterlagen. <input checked="" type="checkbox"/> beantrage ich, das Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft nach den §§ 802c, 802f ZPO einzuleiten.		
G3	<input type="checkbox"/> erneute Vermögensauskunft nach § 802d ZPO (wenn der Schuldner bereits innerhalb der letzten zwei Jahre die Vermögensauskunft abgegeben hat) Die Vermögensverhältnisse des Schuldners haben sich wesentlich geändert, weil    Zur Glaubhaftmachung füge ich bei:    		
G4	weitere Angaben im Zusammenhang mit der Vermögensauskunft <input type="checkbox"/>  		
H	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Erlass des Haftbefehls nach § 802g ZPO</b> Bleibt der Schuldner dem Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft unentschuldigt fern oder weigert er sich ohne Grund, die Vermögensauskunft zu erteilen, beantrage ich den Erlass eines Haftbefehls nach § 802g Absatz 1 ZPO. Die Gerichtsvollzieherin/den Gerichtsvollzieher bitte ich, den Antrag an das zuständige Amtsgericht weiterzuleiten und dieses zu ersuchen, nach Erlass des Haftbefehls diesen an <input type="checkbox"/> den Gläubiger <input type="checkbox"/> den Gläubigervertreter zu übersenden. <input checked="" type="checkbox"/> die zuständige Gerichtsvollzieherin/den zuständigen Gerichtsvollzieher weiterzuleiten. Gegenüber der Gerichtsvollzieherin/dem Gerichtsvollzieher stelle ich den Antrag auf Verhaftung des Schuldners.		
I	<input type="checkbox"/> <b>Verhaftung des Schuldners (§ 802g Absatz 2 ZPO)</b> Haftbefehl des Amtsgerichts _____ Datum _____ Geschäftszeichen _____		
J	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Vorpfändung (§ 845 ZPO)</b> Anfertigung der Benachrichtigung über die Vorpfändung und Zustellung sowie unverzügliche Mitteilung über die Vorpfändung <input checked="" type="checkbox"/> für pfändbare Forderungen, die der Gerichtsvollzieherin/dem Gerichtsvollzieher bekannt sind oder bekannt werden <input type="checkbox"/> für die folgenden Forderungen:   		
K	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Pfändung körperlicher Sachen</b>		
K1	<input checked="" type="checkbox"/> Pfändung von Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, die durch Indossament übertragen werden können		
K2	<input checked="" type="checkbox"/> Taschenpfändung/Kassenpfändung		
K3	<input checked="" type="checkbox"/> Pfändung soll nach Abnahme der Vermögensauskunft durchgeführt werden, soweit sich aus dem Vermögensverzeichnis pfändbare Gegenstände ergeben.		



<b>K4</b>	<input type="checkbox"/> Mit der Erteilung einer Fruchtlosigkeitsbescheinigung nach § 32 der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA) bin ich <b>nicht</b> einverstanden.
<b>K5</b>	Aufträge und Hinweise zur Pfändung und Verwertung, z. B. zu besonderen Gegenständen <input type="checkbox"/> _____ _____
<b>L</b>	<b>Ermittlung des Aufenthaltsorts des Schuldners (§ 755 ZPO)</b> (bitte Hinweise in der Anlage 2 des Formulars beachten)
<b>L1</b>	<input type="checkbox"/> Mir ist bekannt, dass der Schuldner unbekannt verzogen ist.
<b>L2</b>	<input type="checkbox"/> Negativauskunft des Einwohnermeldeamtes ist beigelegt.
<b>Ermittlung</b>	
<b>L3</b>	<input type="checkbox"/> der gegenwärtigen Anschriften sowie der Angaben zur Haupt- und Nebenwohnung des Schuldners durch Nachfrage bei der <b>Meldebehörde</b>
<b>L4</b>	<input type="checkbox"/> des Aufenthaltsorts durch Nachfragen beim <b>Ausländerzentralregister</b> und bei der aktenführenden <b>Ausländerbehörde</b>
<b>L5</b>	<input type="checkbox"/> der bekannten derzeitigen Anschrift sowie des derzeitigen oder zukünftigen Aufenthaltsorts des Schuldners bei den <b>Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung</b>
<b>L6</b>	<input type="checkbox"/> der Halterdaten nach § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) des Schuldners beim <b>Kraffahrt-Bundesamt</b>
<b>L7</b>	<input type="checkbox"/> der gegenwärtigen Anschriften, des Ortes der Hauptniederlassung oder des Sitzes des Schuldners durch Einsicht in das <b>Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts-, Unternehmens- oder Vereinsregister</b>
<b>L8</b>	<input type="checkbox"/> der gegenwärtigen Anschriften, des Ortes der Hauptniederlassung oder des Sitzes des Schuldners durch Einholung einer Auskunft bei den nach Landesrecht <b>für die Durchführung der Aufgaben nach § 14 Absatz 1 der Gewerbeordnung (GewO) zuständigen Behörden</b>
<b>L9</b>	Hinweise zur Reihenfolge der Ermittlungen (wenn Anfrage nach den Modulen L3, L7 und L8 ergebnislos oder ein Fall des Moduls L1 gegeben ist) <input type="checkbox"/> _____
<b>M</b>	<b>Einholung von Auskünften Dritter (§ 802I ZPO)</b> (bitte Hinweise zur Einholung von Auskünften Dritter in der Anlage 2 des Formulars beachten)
<b>M1</b>	<input checked="" type="checkbox"/> Ermittlung der Namen, der Vornamen oder der Firma sowie der Anschriften der derzeitigen Arbeitgeber eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses des Schuldners bei den <b>Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung</b>
<b>M2</b>	<input checked="" type="checkbox"/> Ersuchen an das <b>Bundeszentralamt für Steuern</b> , bei den Kreditinstituten die in § 93b Absatz 1 der Abgabenordnung (AO) bezeichneten Daten abzurufen
<b>M3</b>	<input checked="" type="checkbox"/> Ermittlung der Fahrzeug- und Halterdaten nach § 33 Absatz 1 StVG zu einem Fahrzeug, als dessen Halter der Schuldner eingetragen ist, beim <b>Kraffahrt-Bundesamt</b>
<b>M4</b>	<input checked="" type="checkbox"/> Die vorstehend ausgewählte/-n Drittauskunft/Drittauskünfte sollen nur eingeholt werden, wenn der Schuldner seiner Pflicht zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht nachkommt.
<b>M5</b>	<input type="checkbox"/> Antrag auf aktuelle Einholung von Auskünften (§ 802I Absatz 4 Satz 3 ZPO) Zur Änderung der Vermögensverhältnisse des Schuldners trage ich vor: _____ _____
<b>N</b>	<b>Angaben zur Reihenfolge bzw. Kombination der einzelnen Aufträge</b>
<b>N1</b>	<input type="checkbox"/> Die Aufträge _____ werden ohne Angabe einer Reihenfolge erteilt. (Bezeichnung der Module bitte angeben)
<b>N2</b>	<input type="checkbox"/> Der Pfändungsauftrag soll <b>vor</b> weiteren Aufträgen durchgeführt werden.



N3

☒ Der Pfändungsauftrag soll nach Abnahme der Vermögensauskunft durchgeführt werden.

N4

☐

Die gestellten Aufträge sollen in folgender Reihenfolge durchgeführt werden:  
  
zuerst Auftrag \_\_\_\_\_ ,  
                (Bezeichnung des Moduls bitte angeben)  
  
danach der Auftrag/die Aufträge \_\_\_\_\_ .  
                            (Bezeichnung des Moduls/der Module bitte angeben)

N5

sonstige Angaben zur Reihenfolge bzw. Kombination der einzelnen Aufträge  
☐  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

O

weitere Aufträge  
  
☐  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
  
☐  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
  
☐  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

P

Hinweise für die Gerichtsvollzieherin/den Gerichtsvollzieher

P1

☒ Ich bitte um Übersendung des ☐ Protokolls. ☒ Gesamtprotokolls (bei gleichzeitiger Pfändung für mehrere Gläubiger).

P2

☐ Hinweis zum Aufenthaltsort des Schuldners:  
\_\_\_\_\_

P3

☐ Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.

P4

☒ Ich bitte um Übersendung des Abdrucks des Vermögensverzeichnisses in elektronischer Form gemäß § 802d Absatz 2 ZPO auf dem in den Kontaktdaten bezeichneten rechtsverbindlichen elektronischen Kommunikationsweg.

P5

☒ Im Falle der Nichtzuständigkeit bitte ich um Weiterleitung des Vollstreckungsauftrags an die zuständige Gerichtsvollzieherin/den zuständigen Gerichtsvollzieher, wenn nicht bereits eine Weiterleitung von Amts wegen erfolgt.

P6

Meine Teilnahme an dem Termin  
☐ zur Abnahme der Vermögensauskunft  
☐ \_\_\_\_\_ ist beabsichtigt.

P7

Zum Vorsteuerabzug ist der Gläubiger ☒ berechtigt. ☐ nicht berechtigt.

P8

sonstige Hinweise  
  
☐  
\_\_\_\_\_  
  
☐  
\_\_\_\_\_



Q

**Anwaltskosten gemäß Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)**

für den oben stehenden Auftrag/die oben stehenden Aufträge, und zwar für

(Angabe der Vollstreckungsmaßnahme)

Gegenstandswert (§ 25 RVG) aus 5.007,80 €

1. Verfahrensgebühr (VV Nr. 3309, ggf. i. V. m. VV Nr. 1008) 106,20 €

2. (VV Nr. ) €

3. Auslagen oder Auslagenpauschale (VV Nr. 7001 oder VV Nr. 7002) 21,20 €

4. weitere Auslagen (VV Nr. ) €

5. Umsatzsteuer (VV Nr. 7008) €

Summe 127,40 €

**Anwaltskosten gemäß Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)**

für den oben stehenden Auftrag/die oben stehenden Aufträge, und zwar für

(Angabe der Vollstreckungsmaßnahme)

Gegenstandswert (§ 25 RVG) aus €

1. Verfahrensgebühr (VV Nr. 3309, ggf. i. V. m. VV Nr. 1008) €

2. (VV Nr. ) €

3. Auslagen oder Auslagenpauschale (VV Nr. 7001 oder VV Nr. 7002) €

4. weitere Auslagen (VV Nr. ) €

5. Umsatzsteuer (VV Nr. 7008) €

Summe 0,00 €

(Datum)

26.5.2020

**ANNETTE VOGES**Rechtsanwältin/  
Fachanwältin für Strafrecht(Unterschrift Auftraggeber) 2020  
Tel. 0 40 / 45 02 19-8 • Fax 0 40 / 45 02 19-9



# Anlage 1

## Forderungsaufstellung

☒ Der Gläubiger kann von dem Schuldner die nachfolgend aufgeführten Beträge beanspruchen:

☐

(zusätzliche Informationen, z. B. bei Vollstreckung in unterschiedlicher Höhe gegen mehrere Schuldner)

2.651,00 € ☒ Hauptforderung

€ ☐ Restforderung

€ ☐ Teilforderung

€ ☐ nebst \_\_\_\_\_ % Zinsen daraus/aus \_\_\_\_\_ Euro  
seit dem \_\_\_\_\_ ☐ bis \_\_\_\_\_

€ ☐ nebst \_\_\_\_\_ % Zinsen daraus/aus \_\_\_\_\_ Euro  
ab Antragstellung

2.651,00 € ☒ nebst Zinsen in Höhe von 5,00 Prozentpunkten  
über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus 2.651,00 Euro  
seit dem 30.12.2018 ☐ bis \_\_\_\_\_

€ ☐ nebst Zinsen in Höhe von \_\_\_\_\_ Prozentpunkten  
über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus \_\_\_\_\_ Euro  
ab Antragstellung

€ ☐ \_\_\_\_\_

€ ☐ \_\_\_\_\_

€ ☐ Säumniszuschläge gemäß § 193 Absatz 6 Satz 2 des Versicherungsvertragsgesetzes

€ ☐ titulierte vorgerichtliche Kosten ☐ Wechselkosten

€ ☐ Kosten des Mahn-/Vollstreckungsbescheides

2.356,80 € ☒ festgesetzte Kosten

€ ☐ nebst \_\_\_\_\_ % Zinsen daraus/aus \_\_\_\_\_ Euro  
seit dem \_\_\_\_\_ ☐ bis \_\_\_\_\_

€ ☐ nebst \_\_\_\_\_ % Zinsen daraus/aus \_\_\_\_\_ Euro  
ab Antragstellung

€ ☒ nebst Zinsen in Höhe von 5,00 Prozentpunkten  
über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus 1.287,00 Euro  
seit dem 04.07.2019 ☐ bis \_\_\_\_\_

€ ☒ nebst Zinsen in Höhe von 5,00 Prozentpunkten  
über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus 1.069,80 Euro  
~~ab Antragstellung~~ 8.1.20

€ ☐ bisherige Vollstreckungskosten

5.007,80 € **Summe I**

€ ☐ gemäß sonstiger Anlage/-n des Gläubigers/Gläubigervertreters \_\_\_\_\_  
(wenn Angabe möglich)

(zulässig, wenn in dieser Aufstellung die erforderlichen Angaben nicht oder nicht vollständig eingetragen werden können)

5.007,80 € **Summe II** (aus Summe I und Summe aus sonstiger Anlage/sonstigen Anlagen des Gläubigers/Gläubigervertreters)  
(wenn Angabe möglich)



Zugestellt am 11. Juni 2020

*Reuth*  
Gerichtsvollzieherin

